



## Aus den Krisen lernen - Für einen starken Bevölkerungsschutz

Deutschland verfügt über einen im internationalen Vergleich gut aufgestellten Bevölkerungsschutz. Dank der rund 1,7 Millionen meist ehrenamtlichen Einsatzkräfte bei den Feuerwehren, Hilfsorganisationen und dem THW stehen flächendeckend starke Gefahrenabwehrketten bereit. Die fatale Starkregenflut im Juli 2021 u.a. in Nordrhein-Westfalen, aber auch die Corona-Pandemie und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine offenbaren jedoch erheblichen Modernisierungsbedarf.

Auch angesichts der militärischen Aggression Russlands muss der Bund den Zivilschutz neu aufstellen. Daneben müssen die Akteure im Bevölkerungsschutz ein zunehmend komplexes Gefahrenspektrum abdecken. Dazu gehören u.a. Extremwetterlagen wie in Nordrhein-Westfalen und im Ahrtal, Dürreperioden, Folgen des Klimawandels, Pandemien, Terroranschläge, CBRN-Risiken, Cyberattacken auf kritische Infrastrukturen, die Notfallversorgung in Migrationskrisen oder längerfristige Stromausfälle.

Deswegen fordert die Unionsfraktion gemeinsam mit den Hilfsorganisationen den Aufbau einer „zivilen Reserve“ bis Ende 2022 konzeptionell abzustimmen und Anreize für eine freiwillige Grundausbildung im Bevölkerungsschutz zu schaffen, um die Hilfsorganisationen personell zu stärken und die Bundeswehr zu entlasten. Außerdem mit Blick auf die Flutkatastrophe in NRW mit Ländern und Kommunen Strukturen für eine bessere Koordinierung und Einbindung von Spontanhelfern und Unternehmen bei der Krisenbewältigung zu erarbeiten.

Dabei muss der Bund die Warnung der Bevölkerung bundesweit und barrierefrei bis Ende 2022 sicherzustellen, mit einem langfristigen Sirenenausbauprogramm und genug Mitteln für Cell-Broadcast, Warn-Apps und Informationskampagnen. Zudem muss die Krisenkompetenz in der Bevölkerung ausgebaut werden und das Wissen über richtiges Verhalten in Krisenlagen systematisch gestärkt werden.

Mit den Ländern, Kommunen und Arbeitgebern ist die Anerkennung des Ehrenamtes zu verbessern und die Helfergleichstellung zeitnah umzusetzen. Mit den Ländern muss der Bund ferner einen „Pakt für den Bevölkerungsschutz“ schließen, der für 10 Jahre 10 Milliarden Euro für den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe des Bundes garantiert und die Länder zu analogen Investitionen in ihren Katastrophenschutz verpflichtet. Dazu ist die Neuausrichtung des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe als zentrale Plattform für Bund und Länder konsequent fort-zuführen und das Amt personell und finanziell dauerhaft zu stärken. Die Strukturen und Abläufe im Zivilschutz- und Katastrophenfall müssen grundlegend zu prüfen mit praxisnahen Übungen und einheitlich hohen Ausbildungsstandards zu stärken.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,



steigende Energiekosten als Folge reduzierter Gas- und Öllieferungen belasten alle Verbraucher zunehmend. Die Bundesregierung hat bisher aber für kein klares und nachvollziehbares Energiekonzept gesorgt, um die drohende Energiekrise im Winter auch nur annähernd in den Griff zu bekommen. Deswegen brauchen wir dringend einen Notfallplan, um die infolge des Ukraine-Krieges galoppierenden Energiepreise abzufedern.

Dazu brauchen wir natürlich den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien, was wiederum dringend Planungsbeschleunigungen voraussetzt. Es reicht ferner nicht aus, wenn der Staat nur Gasunternehmen vor der Insolvenz bewahrt, indem er Anteile übernimmt. Ebenso müssen die Bürger entlastet werden.

Dies kann dann gelingen, wenn genug Energie auf dem Markt vorhanden ist. Deswegen wäre es gut, wenn die Ampel ihre Blockade aufgibt und die drei noch laufenden Kernkraftwerke, die nach bisherigen Planungen Ende des Jahres abgeschaltet werden, länger am Netz hält. Das gilt in zweiter Linie auch für die Kohlekraftwerke, die allerdings durch ihren hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoß unsere Klimaziele extrem konterkarieren; genau das macht die temporäre Weiternutzung (auch) der Kernkraftwerke umso dringlicher.

Weitere Möglichkeiten, die wir zur Entlastung der Bürger im Bundestag vorgeschlagen haben, sind, die Energiesteuer und die Mehrwertsteuer auf bestimmte Lebensmittel zu senken, und die kalte Progression schnell zu bekämpfen, so dass mehr Netto vom Brutto übrigbleibt. Zumal der Staat aufgrund der hohen Inflation ohnehin mehr Steuern einnimmt.

Herzliche Grüße aus Berlin und bitte bleiben Sie gesund!  
Ihr

Dr. Günter Krings, MdB  
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch



## Ukraine-Wiederaufbau planen

Bundesregierung muss langfristige Unterstützung sicherstellen

Auf Einladung der Schweiz und der Ukraine fand die „Ukraine Recovery Conference“ im schweizerischen Lugano statt. Dazu erklärt der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volkmar Klein:

„Es ist gut und richtig, dass sich Vertreter der internationalen Staatengemeinschaft in Lugano treffen, um über den möglichen Wiederaufbau der Ukraine zu sprechen. Ausdrücklich begrüßt die CDU/CSU-Fraktion, dass die Bundesregierung aus dem Bundeshaushalt Mittel bereitstellt, um die Ukraine zu unterstützen.“

Sinnvoll ist auch, die internationalen Unterstützungsleistungen abzustimmen, um einen möglichst wirksamen Einsatz der Gelder zu gewährleisten.

Doch die Ukraine wird lange und umfangreich auf die Unterstützung Deutschlands und der Gebergemeinschaft angewiesen sein. Katastrophal ist es daher, dass die Bundesregierung keine haushälterische Vorsorge getroffen hat. Wie das Entwicklungsministerium, das die Bundesregierung in Lugano vertritt, künftig zum Wiederaufbau der Ukraine beitragen soll, ist angesichts des schrumpfenden Entwicklungsetats völlig offen.

Leider zeigt sich die Ampel-Koalition gerade im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit wortbrüchig. Die weitreichenden entwicklungspolitischen Versprechungen des Koalitionsvertrags rücken damit in weite Ferne. Stattdessen sollen die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit kontinuierlich gekürzt werden. Gleichzeitig versäumt es die Bundesregierung, Anreize für notwendiges privates Engagement in Entwicklungsländern zu setzen und die Entwicklungsvorhaben zu priorisieren. Angesichts wachsender globaler Herausforderungen wie der durch den Ukraine-Krieg ausgelösten Hungerkrise ist diese Politik kurzsichtig und verantwortungslos. Nach 16 Jahren Aufwuchs des Entwicklungsetats unter Bundeskanzlerin Merkel erfolgen nun die Kürzungen der Ampel.“

*Foto: Jan Kopetzky*

## Ökologische Leistungen unserer Wälder anerkennen

Unsere deutschen Wälder umfassen rund 11,4 Millionen Hektar. Das ist rund ein Drittel der Gesamtfläche unseres Landes.

Wälder sind komplexe Ökosysteme und erfüllen zahlreiche Funktionen; ihren wichtigsten Beitrag leisten sie jedoch zum Klimaschutz und im Rahmen der Klimaanpassung. Sie wirken ausgleichend auf den globalen Stoffhaushalt, indem sie als wesentliche Kohlendioxidsenke dienen, Kohlenstoff speichern und dabei obendrein Sauerstoff produzieren. Allein durch die fotosynthetische Einbindung von CO<sub>2</sub> in Biomasse können jährlich etwa 7 Prozent der nationalen Treibhausgasemissionen gebunden werden.

Wiederaufforstungen, Waldbrandprävention, intensive Pflege und ein Umbau hin zu klimastabilen Mischwäldern sind deshalb unbedingt notwendig, wenn unsere Wälder diese vielfältigen Leistungen für das Gemeinwohl auch zukünftig erbringen und widerstandsfähiger gegen vermehrt auftretende Dürreperioden sein sollen. Eine standortangepasste Wiederbewaldung und die Waldpflege erfordern viel Geld, das allein aus den finanziellen Erträgen aus der Holzproduktion nicht gewonnen werden kann.

Die wertvolle CO<sub>2</sub>-Senkenleistung unserer Wälder muss anerkannt und ihre Bewirtschafter müssen angemessen vergütet werden, denn die CO<sub>2</sub>-Senkenleistung kommt der Gesellschaft als Ganzes zugute. Derzeit beruhen die Einnahmen der Forstbetriebe nahezu ausschließlich auf Erlösen aus dem Holzverkauf. Eine Vergütung, die diese gesellschaftlich relevanten Leistungen des Waldes berücksichtigt, erhalten die Forstbetriebe dagegen nicht.

Die wertvolle CO<sub>2</sub>-Senkenleistung unserer Wälder muss anerkannt und ihre Bewirtschafter müssen angemessen vergütet werden, denn die CO<sub>2</sub>-Senkenleistung kommt der Gesellschaft als Ganzes zugute.

Unsere Waldbewirtschafter benötigen deshalb eine marktgerechte Vergütung der vielfältigen Ökosystemleistungen, die Anreize bietet, bestehende Waldflächen zu pflegen, zu erhalten und zu nutzen sowie neue anzulegen, um sie anschließend in die aktive Bewirtschaftung aufnehmen zu können.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 12/2022,  
08. Juli 2022

**Landesgruppe NRW** der  
CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421

Email:  
[fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)  
**Redaktion/ V.i.S.d.P.:**  
Karl-Heinz Aufmuth,  
Fabian Bleck